

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Christoph Skutella

Abg. Barbara Becker

Abg. Florian Siekmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ruth Waldmann

Staatsministerin Melanie Huml

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Mehr Transparenz durch Einführung einer Corona-Ampel (Drs. 18/9843)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Epidemiologische Lage veranschaulichen - Einführung einer Corona-Ampel mit transparenten Parametern (Drs. 18/9879)**

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, will ich noch darauf hinweisen, dass die AfD zum Dringlichkeitsantrag mit der Rangziffer 4 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne jetzt die gemeinsame Aussprache und erteile jetzt dem Kollegen Tobias Gotthardt von der FREIE WÄHLER-Fraktion das Wort. Bitte.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Samstag, der 14. März 2020, war ein dunkler Tag für Europa. Damals hat Tschechien über Nacht, um 0 Uhr, die Grenzen coronabedingt geschlossen. Wie viele andere in diesem Haus, aber auch wie viele andere Politikerinnen und Politiker habe ich damals gesagt: Das darf uns nie wieder passieren. Dazu stehe ich auch heute noch.

Die Frage ist aber: Wie können wir das vermeiden? Welche Maßnahmen müssen wir ergreifen? Ich bin sicher, es muss ein Bündel an Maßnahmen sein, um solche Grenzschließungen, die wir alle nicht haben wollen, zu vermeiden.

Zum einen gehört dazu eine bessere Kommunikation. Ich bin froh, dass wir, Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär, beste Beziehungen zu Tschechien und zu Öster-

reich haben, persönliche, die auch in einer Zeit, in der die offiziellen Kommunikationswege eingeschränkt waren, funktioniert haben. Zum anderen brauchen wir eine bestmögliche Regionalisierung und Lokalisierung der Corona-Maßnahmen. Wir brauchen Transparenz der ergriffenen Maßnahmen und Aktivitäten. Dafür braucht es funktionierende Instrumente und Indikatoren.

Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag mehr Transparenz durch die Einführung einer Corona-Ampel. Unsere Nachbarn Österreich und Tschechien haben Corona-Ampeln. Andere EU-Länder – Frankreich, Ungarn, Lettland und Irland – haben auch solche Ampeln.

Ich habe viel mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern darüber gesprochen, was ihre Erfahrungen mit den Ampeln sind; diese sind sehr unterschiedlich. Was vor allem aber auffällt: Die Ampeln leuchten in Europa sehr bunt; es gibt keinen einheitlichen Kurs, es gibt sehr unterschiedliche Systeme.

Deswegen bin ich sehr dankbar für die Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl, der schon vor der Sommerpause den Vorschlag gemacht hat, uns für eine europäische, eine EU-weite einheitliche Corona-Ampel einzusetzen. Wir haben das in der Fraktion vor der Sommerpause diskutiert. Ich habe über die Fraktion Renew Europe im Europäischen Ausschuss der Regionen die Sache erfolgreich in den Ausschuss eingebracht. Wir haben uns gemeinsam über die Sommerpause hinweg in einem Schreiben an Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kanzlerin Merkel gewandt, haben das Ganze diskutiert bei der Klausurtagung und fordern ganz konkret vier Maßnahmen auf europäischer Ebene – europäisch deshalb, weil ich glaube, das ist der richtige Ansatzpunkt, um diese Einheit zu erreichen, die wir im Kampf gegen Corona brauchen.

Wir wollen eine einheitliche, möglichst detailliert regionalspezifische Corona-Ampel, um Risikogebiete nach einheitlichen Standards zu bewerten. Wir wollen die Schaffung einheitlicher mehrgliedriger Indikatoren und Kriterien bei der Einstufung der Gebiete in

Ampelphasen Grün, Gelb, Orange und Rot. Dazu zählen unter anderem die COVID-Fälle pro Hunderttausend, die Zahl der Tests und die Anteile der positiven Testungen. Wir wollen, dass wir uns auf grundlegende Maßnahmen zur Corona-Vermeidung einigen. Aktuell ist der Umgang in den Ländern damit sehr unterschiedlich. Das reicht vom Babyelefanten in Österreich bis zur Länge eines Surfbretts am Eiskanal im Englischen Garten. Wir wollen gemeinsame AHA-Regeln als Grundlage. Wir wollen auch, und haben uns dafür erfolgreich eingesetzt, den schnellen Ausbau des EU-Gesundheitsmechanismus EU4Health, also die Kommunikationsstrukturen weiter grenzübergreifend intensivieren und die Vorhaltung wichtiger Ressourcen, unter anderem Beatmungsgeräte. Wir wollen das ganz bewusst in einen europäischen Rahmen eingebettet wissen, weil es nur diese Zusammenarbeit möglich macht, konzertiert gegen Corona vorzugehen.

Das ist der Unterschied zum Ansatz der FDP. Wir wollen es nicht auf Bundesebene, wir wollen es gemeinsam mit den europäischen Partnerinnen und Partnern einführen. Wir glauben, durch eine Corona-Ampel können wir offene Grenzen und Freizügigkeit auch im Leben mit Corona ermöglichen. Wir brauchen klare Regeln für Europa. Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen Klarheit in den Regelungen. Ich bin mir sicher, dass die Ampel in ihren vier Farben wirklich grünes Licht für einen vernünftigen Umgang mit Corona in Europa geben kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella, FDP-Fraktion.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das aktuelle Infektionsgeschehen ist weiterhin sehr dynamisch, und die Infektionszahlen steigen regional sehr unterschiedlich. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wissen, mit welchen Maßnahmen sie sich selbst und andere schützen können.

Weniger eindeutig ist allerdings für die Bevölkerung die regionale Pandemiegefahr. Die Infektionszahlen sind nicht nur innerhalb von Landkreisen und Städten, von Bundesland zu Bundesland, sondern eben auch von Land zu Land sehr unterschiedlich. Diese Differenziertheit in der Einschätzung der epidemischen Lage führt zu verschiedenen Risikoeinschätzungen und Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist allerdings sehr groß. Wer weiß heute schon mit Bestimmtheit, wie sich das regionale Infektionsgeschehen darstellt und an welche Maßnahmen vor Ort man sich halten soll? Die Bevölkerung muss in die Lage versetzt werden, die getroffenen Entscheidungen und Regeln nachzuvollziehen, um entsprechend handeln zu können.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen fordern wir für Bayern die Einführung einer Corona-Ampel nach österreichischem Vorbild. Da davon auszugehen ist, dass der Ministerpräsident der parlamentarischen Debatte aufmerksam folgt und vernünftige Ideen der Opposition übernimmt und dann später als seine verkauft, soll er das doch bitte auch unbedingt bei der Corona-Ampel so machen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Corona-Ampel würde nämlich helfen, die Akzeptanz für die getroffenen Maßnahmen durch transparente Parameter als wichtigste Ressource zur Eindämmung der Pandemie zu erhalten.

Durch eine Ampel lassen sich das Infektionsgeschehen besser im Blick behalten und die Schutzmaßnahmen eher steuern.

Die Forderung der FREIEN WÄHLER, bei diesem Thema auf EU-Ebene anzusetzen anstatt eine sofortige Verbesserung der Kommunikation auf Landesebene zu erwirken, lässt uns allerdings den Kopf schütteln. Wer den Spagat über Europa sucht, der zeigt

wenig Willen und Initiative für die bayerischen Belange. Wir erwarten mehr von einer Partei in Regierungsverantwortung: erst Bayern, dann Deutschland und dann Europa!

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, der um einiges weiter geht als der Vorschlag der FREIEN WÄHLER.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Abgeordneter. – Als Nächste kann ich Frau Abgeordnete Barbara Becker, CSU-Fraktion, aufrufen. Bitte.

**Barbara Becker (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind bisher passabel durch die Corona-Krise gekommen. Aber sie ist noch nicht vorbei. Vom Ende der Krise kann überhaupt keine Rede sein. Da ich im Gesundheitsausschuss bin, möchte ich nur zwei mich immer wieder beeindruckende Dinge sagen:

Erstens. Wer coronabedingt in die Intensivstation kommt und dort gut versorgt wird, hat trotzdem eine fünfzigprozentige Chance, da nicht wieder lebend herauszukommen, wenn er über 65 ist. Unter 65 ist es ein bisschen besser. Aber auch da sterben 20 bis 30 % der Intensivpatienten.

Zweitens. Auch bei den Personen, bei denen Corona glimpflich verläuft, die vielleicht gar nicht so sehr merken, dass sie an Corona erkrankt sind oder das Virus in sich tragen, versteift in der Regel in der Lunge das Bindegewebe. Und plötzlich schlägt unser Herz nicht mehr gegen einen elastischen Lungenkörper, sondern gegen etwas sehr Festes. Das erzeugt Bluthochdruck und Folgeerkrankungen. Damit ist nicht zu spaßen.

Je länger das Virus unsere Wachsamkeit verlangt, umso mehr müssen wir den Menschen Orientierung geben, dass es noch nicht vorbei ist und sie gut etwas tun können, um mit diesem Virus weiterhin so umzugehen, dass die Infektionen nicht zunehmen. Die Menschen fragen sich: Womit ist jetzt neu zu rechnen? Welche Regeln gelten gerade? Wie ist das Infektionsgeschehen aktuell in der Region, in der ich mich aufhalte?

Bayern hat bereits seit Mai ein Frühwarnsystem. Jetzt kommt eine Übersetzung dieses Frühwarnsystems. Mit der Ampel müssen weder wir noch unsere Gäste fragen, wie die 7- oder 14-Tage-Inzidenz ist, sondern es kann einfach gefragt werden: Wie steht bei euch die Ampel? Das macht es einfacher. Das ist eine Übersetzung. Dadurch können wir uns schneller orientieren.

Wir müssen lernen, mit diesem Virus zu leben. Die Leute brauchen Hilfestellung. Die Corona-Ampel ist eine solche Hilfestellung. Wenn sie funktioniert, empfehlen wir sie gerne auch auf europäischer Ebene. Deshalb stimmen wir als Christsoziale diesem Dringlichkeitsantrag zu.

Dem Dringlichkeitsantrag der FDP stimmen wir nicht zu. Die Idee ist zwar ähnlich, aber eine Übernahme des österreichischen Systems sorgt höchstens dafür, dass unsere Gäste oder wir selber immer fragen müssen: Ist es Europa-Rot, oder ist es Österreich-Rot? – Also lasst uns lieber ein System einführen, das dann das Potenzial hat, in ganz Europa zu gelten. Das heißt, wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der FDP ab.

Denen, die unsicher sind oder die zweifeln, ob denn das Virus immer noch so ansteckend und so gefährlich ist, will ich noch eines sagen: Wenn du unsicher bist und die Wahl zwischen Vorsichtigsein und Unvorsichtigsein hast, dann entscheide dich für die vorsichtige Seite; deshalb: Hände waschen, Abstand halten, Maske auf.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Siekmann von der Fraktion der GRÜNEN.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich sehr bequem zu beantragen, was von der EU-Kommission am 04.09.2020 sehr ausführlich vorgelegt worden ist und mit aller Wahrscheinlichkeit auf einer der nächsten Ratstagungen als Empfehlung angenommen wird. Echte eigene Impulse und Ideen lässt der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER vermissen.

Dabei wäre dafür durchaus Raum gewesen; denn beim Vorschlag der EU-Kommission geht es um mehr als um die von den FREIEN WÄHLERN thematisierte Klassifizierung in Form einer Corona-Ampel. Es geht vor allem auch darum – das ist der entscheidende zweite Schritt –, dass die Mitgliedstaaten oder lokalen Behörden dann noch in der Lage sind, aufgrund der Ampel kohärente Maßnahmen zu treffen. Da liegt die eigentliche Herausforderung. Da liegt auch die eigentliche Verantwortung für Bundesregierung und Staatsregierung. Da ist Bayern in der Tat in einer wichtigen Rolle. Wir sind in einer Grenzregion; denn wir haben lange Grenzen zu Tschechien und Österreich sowie eine etwas kürzere Grenze zur Schweiz.

Das Kernanliegen muss am Ende sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit einem berechtigten Interesse – dazu zählen zum Beispiel der Besuch der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners, der Kinder, der tägliche Weg zur Arbeit über die Grenze oder andere zwingende familiäre oder berufliche Gründe – möglichst unbürokratisch zwischen den Mitgliedstaaten reisen können, dass ihnen die nötigen Informationen transparent zur Verfügung gestellt werden können, dass aber genau dafür Testkapazitäten vorgehalten werden. Ein Chaos, wie wir es vor der Sommerpause erlebt haben, das insbesondere Familien, die sich sehen wollten, betroffen hat, darf sich im Herbst und im Winter nicht wiederholen.

Damit das funktioniert, müssen wir erst einmal dafür sorgen, dass im Freistaat Bayern die Testkapazitäten funktionieren. Erst vor ein paar Tagen hat sich ein Landrat in einer E-Mail sehr erbost darüber geäußert, dass entgegen all den Versprechungen der Staatsregierung die Zeiten bis zur Vorlage des Testergebnisses nicht eingehalten werden konnten. Aber genau das muss gewährleistet sein, wenn man ein europäisches System will, das es über Tests ermöglicht, unbürokratisch und im Einklang mit dem Infektionsschutz zwischen den Mitgliedstaaten hin und her zu reisen.

In der Antragsbegründung heißt es, die geplante differenzierte Corona-Ampel steigere die Transparenz des Infektionsgeschehens für die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Das ist auch wichtig, allerdings nur so weit, wie die Kriterien gehen. Das heißt, man

bekommt eine Idee davon, wie in einer Region das Ansteckungsrisiko sein könnte. Eine Aussage darüber, wie ernst die Lage vor Ort wirklich ist, liefert die jetzt so vorgeschlagene Ampel nicht. Dafür bräuchte man viel mehr Faktoren. Man müsste wissen: Wie viele schwere Verläufe habe ich überhaupt? Wie sieht es mit den Krankenhauskapazitäten eigentlich aus? Das heißt, die Ampel ist ein guter Hinweis für Bürgerinnen und Bürger, die sich fragen: Will ich in eine Region reisen? Wie ist dort das Ansteckungsrisiko? Sie sagt aber am Ende nicht unbedingt etwas darüber aus, wie gut die medizinische Versorgung vor Ort ist. Das ist wichtig, das muss man wissen.

Dem Antrag werden wir zustimmen, aber von der Regierungsfraktion hätten wir uns schon mehr Impulse und Ideen zur Eindämmung der Pandemie erwartet, als jetzt den Kommissionsvorschlag noch mal in einem Antragstext zu ergänzen.

Lieber Tobias, ich glaube dir, dass du wie alle anderen Fraktionen im AdR und wie auch die Fraktionen im Europäischen Parlament und alle möglichen anderen Kräfte darauf hingearbeitet hast, dass es eine europäische Lösung gibt, und dass du auch der Kommission den Brief geschrieben und Vorschläge gemacht hast. Trotzdem finde ich, dass es mehr zu tun gibt und auch Verantwortungsvolles hier zu tun gibt und dass eben dieser Beitrag Bayerns noch mal im Vordergrund stehen sollte. Wenn es darum geht, dass man das europäische System am Ende auch wirklich zum Fliegen bringt, dann müssen auch die kohärenten Maßnahmen von der Bundesregierung und von der Staatsregierung umgesetzt werden. Denn darauf kommt es am Ende an: Nicht nur darauf, dass wir eine Ampel haben, sondern dass diese Ampel dann auch von allen gleich verstanden wird und auch Maßnahmen folgen, die miteinander kompatibel sind. Das hätte ich mir im Antragstext gewünscht.

Ganz kurz zum Antrag der FDP-Fraktion: Der geht in eine Richtung, in der wir vor einem halben Jahr auch schon mal einen Antrag gestellt haben, einen Multiparameter-Ansatz zu wählen, also wirklich die Frage zu stellen: Was muss eigentlich alles einfließen, damit man eine Lagebeurteilung machen kann? Das ist eine sehr komplexe Frage. Deswegen würden wir darüber gerne eine intensivere Debatte im Ausschuss

führen und nicht über einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag so intensiv diskutieren. Wir werden uns deswegen an der Stelle enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Gotthardt, bitte.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Siekmann, lieber Florian, ich wollte nur ganz kurz fragen und intervenieren: Warst du da, als ich gesprochen habe? – Ich habe nämlich genau das, was du gesagt hast und was du eingefordert hast, in meiner Rede klargemacht. Es geht darum, eine gemeinsame Ampel mit gemeinsamen Indikatoren und gemeinsamen Maßnahmen zu haben. Das habe ich beschrieben. Insofern glaube ich, dass mir manchmal nicht alle hier im Saal zuhören. Das ist aber auch okay. Deswegen habe ich ja jetzt die Chance zur Intervention.

Das Zweite ist: Die Einbettung unserer Maßnahmen in den europäischen Kontext heißt nicht, dass wir in Bayern diese Maßnahmen ergreifen wollen. Das heißt aber, dass wir uns mit den anderen abstimmen wollen. Das ist genau das, was du auch gesagt hast: Es macht nur Sinn, in Bayern Maßnahmen zu ergreifen, wenn dann auch – um die Kollegin zu zitieren – das europäische Rot leuchtet. Das macht Sinn. Deswegen fordern wir das auch im Antrag.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Lieber Tobias, ich war da und ich habe jedem Wort gelauscht, als du deine Rede gehalten hast. Aber entscheidend ist ja, was am Ende im Antragstext steht und was wir hier beschließen. Und was wir beschließen, ist an der Stelle nicht mehr und nicht weniger, als dass der Rat doch bitte die Empfehlung der Kommission zu der Ampel annehmen möge. Das ist okay, und das passt. Aber ich hätte mir von einer Regierungsfraktion in Bayern gewünscht, dass sie dann auch ausbuchstabiert, was das für die Staatsregierung heißt, kohärente Maßnahmen im europäischen Kontext umzusetzen, zu ergreifen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um zum Beispiel das, was da an Testregime vorgeschlagen wird von der Kommission,

auch umsetzen zu können, damit das ganze europäische System am Ende auch fliegen kann. Das ist eben mehr, als erst mal nur reinzuschreiben, dass der Rat doch bitte den Empfehlungen der Kommission folgen möge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER legen uns hier einen Antrag für eine sogenannte Corona-Ampel für Europa vor. Da habe ich mir gestern Abend, als ich diesen Dringlichkeitsantrag gesehen habe, gedacht: Das kommt dir ja irgendwie bekannt vor. Mir ist dann wieder ein Artikel aus dem österreichischen "Standard" eingefallen. Aber Sie haben es ja selber schon zugegeben, dass Sie im Endeffekt in Österreich abgeschrieben haben. Die FDP hat es freundlicherweise gleich in ihren Antrag übernommen, dass sie abgeschrieben hat.

(Zuruf)

Um es kurz zu machen: Wir lehnen beide Anträge ab.

(Zuruf)

– Wir lehnen es trotzdem ab, Herr Kollege. Man muss sich schon mal fragen, was Sie mit diesem Ampel-System eigentlich bewirken wollen. Die ganzen Medien, landauf, landab, in ganz Europa, sind voll mit den Meldungen zu Europa, welche Regelungen und welche Risiken irgendwo in Europa gerade bestehen. Da muss ich Sie schon mal fragen: Für wie unmündig halten Sie eigentlich unsere Bürgerinnen und Bürger? Glauben Sie, dass sie sich vielleicht nicht selber informieren können? – Nein, ich halte es für sehr gut möglich, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger wie in der Vergangen-

heit auch selber informieren können. Es gibt unzählige Angebote hierzu. Gerade vorhin hat die "Süddeutsche Zeitung" wieder gemeldet, welche Corona-Maßnahmen jetzt in München gelten. Jeder von Ihnen kennt, glaube ich, die Website des RKI. Damit werde ich auf den Antrag von den Kollegen von den Liberalen eingehen: Dort haben Sie seit Wochen und Monaten diese farbliche Unterteilung, landkreisgenau, wie schlimm es wo ist.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist Planbarkeit für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die Geschäftsreisenden, die in Europa und in Deutschland unterwegs sind,

(Zuruf)

für die Privatpersonen, die ihren Urlaub planen und dann wieder stornieren müssen, weil Mallorca wieder Risikogebiet wurde, oder die Kanaren oder Kroatien.

Um es kurz zu machen: Sie haben hier einen Antrag gestellt, der unserer Meinung nach überflüssig ist. Mehr geholfen hätte, den Bürgern wirklich eine Hilfe zu geben, beispielsweise bei der Maskenpflicht in Schulen, wie Sie es nachher gleich noch hören werden. Oder was wir beispielsweise mit den Leuten in Kurzarbeit machen, die nicht wissen, ob sie ihren Job behalten können, oder mit denen, bei denen die Bank schon klingelt, was mit dem Immobilienkredit ist, usw. Das sind die wahren Probleme der Bürgerinnen und Bürger; die wollen Planungssicherheit, die wollen Planbarkeit. Von daher lehnen wir Ihr Ampelsystem ab.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bleiben Sie bitte am Pult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Also, Herr Kollege, eigentlich wollten wir Ihnen gar nichts sagen. Aber es macht einen Bürger auch nicht unmündiger, an einer roten Ampel zu halten. Ich hoffe, nicht einmal Sie fahren über rote Ampeln und bleiben bei

Grün stehen. Das hat nichts mit Mündigkeit zu tun. Das hat einfach mit Menschenverstand zu tun.

Ich mache es jetzt noch mal ganz einfach. Ich habe ein Familienmitglied, das zur Hochrisikogruppe gehört. Für mich ist natürlich wichtig, wo mehr Corona-Kranke sind. Es geht auch nicht darum, wie voll die Krankenhäuser sind, sondern ich möchte nicht, dass mein Familienmitglied in einem Krankenhaus landet. Und Ihnen, denke ich, braucht man das gar nicht erklären.

Wie gesagt: Probieren Sie Unmündigkeit an der Kreuzung aus. Wenn Sie sich da gerne entmündigen lassen, wird es bei der Corona-Ampel auch funktionieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Andreas Winhart (AfD):** Werte Kollegin, vielen herzlichen Dank für den humoristischen Beitrag. Natürlich sind mir die Straßenverkehrsordnung und das Ganze bekannt und ich halte mich auch daran, wahrscheinlich zu Ihrer großen Überraschung. Wir kennen das Ampelsystem mittlerweile in ganz vielen Bereichen. Man muss den Leuten ja mittlerweile erklären, welche Lebensmittel gesund sind und welche ungesund sind. Wenn es um Nahrungsmittelwerte geht, gibt es auch ein Ampelsystem. Dann gibt es jetzt ein Ampelsystem für Risikogebiete. Wenn Sie Hochrisikopatient sind oder Verwandte haben, die Hochrisikopatienten sind, informieren sich die doch automatisch; das können sie doch mittlerweile. Dann muss ich den Leuten doch nicht auf infantile Art sagen: Rot ist gefährlich, Grün ist gut. Ich glaube, das schaffen unsere Bürger auch von alleine.

(Zuruf – Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Nächste Rednerin ist Frau Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorhin schon gehört, dass die EU-Kommission das bereits An-

fang September empfohlen und eine entsprechende EntschlieÙung zu einem gemeinsamen Vorgehen bei den Einschränkungen gefasst hat, um zu koordinieren und die Kommunikation für die Menschen zu verbessern und transparenter zu machen. Dazu gehören gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte sowie Farbcodes und ein Rahmen für Maßnahmen. Damit hat sich die EU klar positioniert und deutlich gemacht, dass sie ein einheitliches Vorgehen bei der Reisefreiheit und bei den Reisewarnungen wünscht. Nur darum geht es nämlich eigentlich bei dieser EU-EntschlieÙung. Da kommen Sie von den FREIEN WÄHLERN etwas spät mit Ihrem Antrag. Dass sich die Staatsregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen soll, ist jetzt einfach überflüssig, denn die hat sich bereits deutlich dazu geäuÙert.

Sie lassen uns aber auch ratlos zurück, was für eine Ampel Sie eigentlich meinen: eine Ampel auf Ebene der Mitgliedstaaten, also Deutschlands, oder auf der Ebene Bayerns oder auf der Ebene der Bezirke oder der Landkreise. Dazu sagen Sie nichts. Es macht aber einen großen Unterschied, ob ich zum Beispiel bei einem regionalen Ausbruchsgeschehen, sagen wir zum Beispiel bei einem Spargelbauern, den ganzen Landkreis automatisch auf Alarmstufe Rot stelle, oder vielleicht gleich ganz Bayern, oder wie Sie sich das weiter vorstellen. Dieser Antrag ist also insofern schlampig und nicht notwendig. Dem können wir auch nicht zustimmen.

Wie schon gesagt: Der EU-Vorschlag bezieht sich auf Reisewarnungen. In Ihrer Begründung und übrigens auch in dem Antrag der FDP-Fraktion geht es um weitere Maßnahmen – das haben Sie vorhin auch angesprochen –, die die Bürger betreffen und die sie auch umsetzen sollen. Aber jetzt haben wir in Bayern gerade erst viel Verantwortung auf die Landkreise und Städte verlagert, weil sie das regionale Geschehen besser erfassen können und auch schneller reagieren können. Wir haben zum Beispiel Orte, wo wir zwar über dem Grenzwert von 35 oder 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern sind, aber trotzdem von drastischen Maßnahmen abgesehen wird, weil es sich zum Beispiel nur um einen Schlachthof oder Erntebetrieb handelt und man das eingrenzen kann. Es ist kein Automatismus vorgesehen, dass automa-

tisch, wenn so ein Wert in einem bestimmten Landkreis auftaucht, die Maßnahmen erfolgen müssen, sondern wir haben aus gutem Grund Entscheidungskompetenzen und Analysekompetenzen an die Behörden vor Ort übertragen.

Wollen Sie denn jetzt wirklich Schließungen allgemeinverpflichtend machen wegen einer Ampelfarbe, die sich übrigens täglich ändern kann? Bei der Übermittlung der Testdaten haben wir insgesamt schon Schwierigkeiten, auch bei der Meldung der Kapazität. Bei den freien Intensivbetten gibt es jetzt schon Schwierigkeiten. In Österreich ist das übrigens so. Österreich hat die Ampel bereits. Dort gibt es aktuell vier Gebiete, die Warngebiete sind. Dazu gehören Wien und auch Linz. Der Bürgermeister von Linz hat es sich gerade verbeten, dass dann von ihm erwartet wird, automatisch Maßnahmen zu ergreifen, die er aus guten Gründen nicht für notwendig hält, weil er das als regionales Geschehen einstufen kann. Das muss man dann aber auch deutlich so nennen.

Es kommt hinzu, dass die Faktoren, die zu einer solchen Farbgebung führen sollen, zum Beispiel die Reproduktionszahl, der sogenannte R-Faktor, mit einem Intervall berechnet werden, die der Logik einer Ampel – entweder Rot, Gelb oder Grün – widersprechen. Das kann man so schlecht erfassen. Die Ampel ist der Wunsch, die Komplexität des Themas auf drei Farben zu reduzieren und damit für den Anwender einfach zu machen. Die Ampel suggeriert eine Objektivität, die es so gar nicht geben kann. Es wäre schön, wenn es so einfach wäre: Wir haben einen bestimmten Wert, und dann müssen automatisch die folgenden Maßnahmen kommen und dann kennt sich jeder aus. Es wäre schön, wenn es so einfach wäre. Das ist es aber leider nicht. Erstens kann man die Werte nicht so einfach analysieren. Zweitens bleibt uns die Mühe, die jeweils sinnvollen Maßnahmen örtlich wie zeitlich vor Ort zu entwickeln und umzusetzen.

Der FDP-Antrag ist wesentlich sorgfältiger und differenzierter; aber auch hier werden mit den Farben konkrete Maßnahmen verknüpft. Die Verantwortung dafür können wir aber nicht an die Ampel abgeben. Man kann die Infektionslage zwar mit Farben veran-

schaulichen – das ist uns auch recht –, aber es bleiben relative Werte. Wir wissen auch, dass wir die Maßnahmen im Laufe der Zeit und mit dem Fortgang unserer Erkenntnisse immer wieder anpassen müssen. Auch müssten wir jedes Mal wieder neu erklären, dass dann in ein paar Monaten vielleicht ganz andere Maßnahmen angezeigt sind, als wir sie heute für notwendig halten. Das haben wir auch schon erleben müssen. Wir haben nichts dagegen, das Infektionsgeschehen besser sichtbar zu machen. Sehr viel weiter bringt es uns aber nicht. Dieses Ampelsystem, das auf EU-Ebene vorgeschlagen wird, dient lediglich dazu, Handhabungen oder Transparentmachungen in Bezug auf Reisewarnungen vergleichbar zu machen, und ist nicht das Gleiche, wie einen Automatismus in den Maßnahmen zu haben. Das bitte ich hier zu beachten.

Deswegen werden wir dem ersten Antrag, den wir nicht brauchen, nicht zustimmen können und uns bei dem Antrag der FDP enthalten, den wir dann im Ausschuss gerne ausführlicher diskutieren können.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gotthardt.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin, ich will jetzt keine Lehrstunde in Sachen Europa erteilen. Aber wenn die EU-Kommission im September einen Vorschlag macht und wir bereits im Juli dieses Ampelmodell diskutieren, sind wir erstens vor der EU-Kommission unterwegs.

Zweitens. Wenn die EU-Kommission einen Vorschlag macht, ist das noch nicht in Gesetzesform gegossen. Da kommt ein Gesetzgebungsprozess, und dann müssen sich zum Beispiel Regierungen oder auch Regionalregierungen im Bundesrat und im Europäischen Rat dafür einsetzen, dass der Vorschlag der EU-Kommission angenommen wird. Genau das fordern wir von Bayern in unserem Antrag. Punkt 1.

Punkt 2. Ich frage mich: Haben die Leute mir gar nicht zugehört? Ich habe doch in meinem Beitrag alles beschrieben. Ich habe auch beschrieben, dass wir genau das, was Sie gesagt haben, diese gleichen Maßnahmen haben wollen, zum einen in der Einschätzung der Risikogebiete, zum anderen ein Grundniveau der Maßnahmen bei einer Risikoausweitung. Das heißt aber nicht, dass ich den Gesundheitsämtern vor Ort vorschreiben will, was sie tun müssen. Ich will auch nicht, dass wir einen großen roten Fleck auf Europa malen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Kommen Sie bitte zum Ende!

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Ich möchte das Ganze möglichst lokalisiert haben. Ich fühle mich bei Ihnen manchmal ungehört.

**Ruth Waldmann (SPD):** Es freut mich ja erstens, dass Sie im Juli schon diskutiert haben. Ich glaube aber nicht, dass das mit dem Geschehen auf EU-Ebene im September zu tun hat. Das finde ich ein bisschen kurios. Ich weiß nicht, ob Sie den Zusammenhang herstellen wollen, dass die das vielleicht deswegen machen.

Das Zweite ist: Wäre dann Ihr Adressat nicht eher die Bundesebene? Wie soll denn die Staatsregierung sich konkret dafür einsetzen? Das wäre das Nächste. Und Sie sind Teil einer Regierung, die sich dafür entschieden hat, dass eben nicht alle Maßnahmen überall gleich und gleichmäßig ergriffen werden, sondern dass vor Ort konkret entschieden werden kann, was hier notwendig und angesagt ist. Dafür brauchen wir nicht, dass überall alles gleich ist. Von einem Mindestniveau ist in Ihrem Antrag aber nicht die Rede.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Melanie Huml.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne nehme ich Stellung zu den Anträgen, die wir jetzt schon ausführlich diskutiert haben. Wieso es so wichtig ist, dass wir das Infek-

tionsgeschehen weiter beobachten, hat die Kollegin Barbara Becker schon gut ausgeführt. Aber ich glaube, es ist insgesamt wichtig, dass wir uns immer wieder die Infektionszahlen anschauen – und sie steigen. Sie steigen aber nicht nur in Bayern. Sie steigen im gesamten Bundesgebiet, vor allem aber auch bei den europäischen Nachbarn, teils dramatisch, und auch weltweit. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Betrachtung nicht auf Bayern reduzieren, sondern durchaus auch auf die Nachbarländer ausdehnen.

Daher kann man den Antrag, Ampelsysteme innerhalb Europas einzuführen, unterstützen, um diese Vergleichbarkeit, die Transparenz für die Bevölkerung herzustellen. Wir haben in den letzten Wochen miterleben müssen, wie wir durch Reiserückkehrer weltweites Infektionsgeschehen wieder zu uns nach Bayern geholt haben. Das zeigt: Wir sind ein Land, dessen Bürger gerne reisen. Wir sind ein Land, wo Transitverkehr stattfindet. Deswegen ist das mitentscheidend. Deswegen begrüßen wir die europäische Vorgehensweise, die hier Orientierung geben kann. Das Ampelsystem kann auf europäischer Ebene Kriterien, Schwellenwerte und bessere Vergleichbarkeit bringen. Es vereinfacht dann die Einschätzung des Infektionsgeschehens und die Ausweisung von Risikogebieten, was für uns in der Betrachtung immer so wichtig ist, wenn es um Quarantänemaßnahmen und Weiteres geht.

Wenn man sich diese verschiedenen Indikatoren, die dann in die Beurteilung mitaufgenommen werden sollen, anschaut, dann ist es so, dass vieles für uns eigentlich gar nichts Neues ist, wenn man das hier so deutlich sagen darf. Denn vieles ist schon die Grundlage der bayerischen Containment-Strategie. Wenn ich daran denke, was unser Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Zusammenarbeit mit dem RKI immer wieder an Zahlen und Daten auswertet, dann sehe ich, dass da schon vieles mit dabei ist. Wenn man sich die Elemente, die sich im Vorschlag der EU-Kommission finden, anschaut, dann ist es eben so, dass wir da schon einiges dabei haben. Bayern hat schon Signalwert, Schwellenwert und 7-Tage-Inzidenz, das Testangebot für die Bevölkerung, für die Reiserückkehrer, strikte Quarantäne für Infizierte, Kontakt-

personen usw. Auf europäischer Ebene ist jetzt noch angedacht, den Anteil der Positivtestungen und die wöchentliche Testquote mit heranzuziehen. Das wird bei unserer bayerischen Teststrategie auch immer wieder mit ausgewertet. Wir brauchen uns also jetzt keine Sorgen über zusätzlichen Aufwand zu machen, wenn noch weitere Daten erhoben werden sollen. Diese erweiterte Datengrundlage ist beim LGL schon so vorhanden, dass sie mit eingebracht werden könnte.

Mit gemeinsamen Kriterien kann man sicherlich auch Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Bevölkerung, für die Bürgerinnen und Bürger herstellen. Dies sind verbindliche Kriterien, die genutzt werden können. Daher ist dieser Vorschlag in unseren Augen auch unterstützenswert. Wir sprechen uns dafür aus, wenn eine sinnvolle Ausgestaltung möglich ist.

Ehrlicherweise sind wir aber hinsichtlich einer Ampel auf regionaler Ebene – wie hier von der FDP vorgeschlagen – der Auffassung, dass wir sie nicht brauchen, da wir bereits über ein wirksames System verfügen. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich, wenn wir daran denken, was vorhin die Kollegin Becker richtig gesagt hat: Corona ist weiterhin da und aktiv.

Daher ist es wirklich notwendig, weiter mit Vorsicht und Umsicht vorzugehen. Wenn wir den Bürgern mit verschiedenen Systemen helfen können, dass sie dranbleiben und mitmachen, dann kann auch so ein europäisches System helfen. Trotzdem müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in der Kommunikation weiterhin erklären, warum wir die Maßnahmen einführen und umsetzen, warum das notwendig ist.

Wir setzen hier in Bayern sehr stark auf Regionalität. Aber wir brauchen dafür kein eigenes Ampelsystem, weil wir schon unseren Schwellenwert und unseren Signalwert von 35 und 50 haben – Werte, bei denen Maßnahmen lokal entsprechend angewendet werden können. Deswegen braucht es auf regionaler Ebene nichts Neues. Auf europäischer Ebene kann das sicherlich für die Ausweisung von Risikogebieten und anderes sinnvoll sein. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die wir wieder getrennt durchführen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/9843 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und CSU. Wer ist dagegen? – SPD-Fraktion und AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/9879 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? – Fraktion der FREIEN WÄHLER, CSU-Fraktion, AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Punkt, den Dringlichkeitsantrag Nummer 4, aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Nach dem Brand in Moria muss Bayern vorgehen und ein humanitäres Zeichen setzen", Drucksache 18/9842, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.